

WELT/ UKRAINE/ RUSSLAND

AGRARHANDEL

IAMO erwartet keine drastischen Änderungen der Weltagrarhandelsmengen

Nach aktuellem Stand dürften die Weizenmärkte in der laufenden Saison bedient werden - Exporte aus anderen Ländern gleichen die geringeren Mengen aus der Ukraine und Russland aus - Auch im Wirtschaftsjahr 2022/23 halten die Forscher des Leibniz-Instituts extreme Verschiebungen für unwahrscheinlich - Internationale Agrarhandelsströme werden aber „suboptimal“ zu höheren Kosten verlaufen

HALLE. Zumindest bezüglich der weltweiten Agrarhandelsmengen gibt sich das Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) mit Blick auch auf das kommende Wirtschaftsjahr weniger pessimistisch als andere Fachleute. Im „IAMO Policy Brief 44“ (Dokumentation) stellen mehrere Wissenschaftler unter Federführung von Direktor **Prof. Thomas Glauber** fest, dass nach aktuellem Stand die Weizenmärkte in der laufenden Saison bedient werden dürften. Zusätzliche Exporte - unter anderem aus Indien, den USA und Australien - gleichen die geringeren Liefermengen aus Russland und vor allem der Ukraine weitgehend aus. Die Entwicklungen für 2022/23 und darüber hinaus seien freilich schwer vorauszu sehen. Mit gebotener Vorsicht sei jedoch zu erwarten, dass „sich auch im nächsten Wirtschaftsjahr das Welthandelsvolumen für wichtige Agrarrohstoffe nicht drastisch verändern wird“, prognostizieren die Forscher. Seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine hätten sich Agrarrohstoffe wie Getreide und Pflanzenöle nochmals verteuert, schreibt das IAMO. Dies berge Risiken für die Ernährungssicherheit importbedürftiger Länder mit niedrigen Pro-Kopf-Einkommen, vor allem im Mittleren Osten und Nordafrika sowie in Afrika südlich der Sahara, deren Hauptlieferanten Russland und die Ukraine seien. Die hohen Preisen belasteten die dort bereits kritischen Ernährungssituationen. Internationale Agrarhandelsströme werden möglicherweise anders, nämlich „suboptimal“ zu höheren Kosten, verlaufen, so die Wissenschaftler. Dies lasse nicht unbedingt Preissenkungen erwarten. Verbraucher, speziell in Entwicklungsländern, müssten die zusätzliche Preislast tragen. Für die europäische Landwirtschaft und ihre Bevölkerung seien mittelfristig keine einschneidenden Auswirkungen zu erwarten.

Mehr als in früheren Jahren

Die IAMO-Forscher weisen darauf hin, dass Russland seine Exporte über das Schwarze Meer weitgehend wieder aufgenommen habe. Das US-Landwirtschaftsministerium (USDA) gehe davon aus, dass als Folge der Sanktionen rund 3 Mio t weniger verschifft würden als ursprünglich für 2021/22 prognostiziert. Die Verladungen seien jüngst wieder aufgenommen worden, wobei Finanzierungsrestriktionen und erhöhte Anforderungen an Seefrachtversicherungen den Transport erschwerten. Auch würden der Transport und Hafensperren bezüglich agrarischer Produkte nicht dem Embargo des jüngsten Sanktionspakets der EU-Kommission unterliegen. Entsprechend werde von russischen Weizenlieferungen um die 32 Mio t ausgegangen, was etwas unter dem Exportvolumen von 2018/19 und 2019/20 liege, aber die meisten Exporte in den vergangenen 15 Jahren übertreffe. Ukrainischer Mais und Weizen sei derzeit für die Schwarzmeerverschiffung unzugänglich, führen die Autoren aus. Obgleich es Bemühungen gebe, die Exporte über Eisenbahnrouden beziehungsweise Lastkraftwagen über die Westgrenzen des Landes zu verbringen, dürften die Gesamtmengen sehr begrenzt sein. Entsprechend habe das USDA seine ursprünglichen Exportprognosen für 2021/22

für Mais und Weizen aus der Ukraine von 33,5 Mio t auf 27,5 Mio t beziehungsweise von 24 Mio t auf 20 Mio t nach unten korrigiert. Damit überträfen die erwarteten Exportmengen des laufenden Wirtschaftsjahres die der meisten Jahre im vergangenen Jahrzehnt.

Warnung vor regionaler Autarkie

In solchen Knappheitssituationen zeige sich einmal mehr, dass sich der wettbewerbsmäßig organisierte internationale Handel als resiliente Risikostrategie zur Überwindung regionaler Produktions- und Versorgungsengpässe in verschiedenen Weltregionen ausgezeichnet habe, unterstreichen die IAMO-Forscher. Dieser ermögliche es auch, zukünftig neu auftretende Engpässe - seien sie witterungs-, krisen- oder politikbedingt - durch Anpassungen abzumildern. Vor Rufen nach planwirtschaftlichen Transformationen, einer Abschottung oder gar regionaler Autarkie müsse eindringlich gewarnt werden. Alles dies würde zu Lasten hungernder Menschen im globalen Süden gehen. „Auch wenn Lieferausfälle aus der Schwarzmeerregion durch Anpassungen in anderen Regionen gedämpft werden können, sollten im Sinne der globalen Ernährungssicherheit geopolitische Bemühungen dafür Sorge tragen, dass die Ukraine und Russland auch künftig ein integraler Teil des agrarischen Welthandelssystems bleiben“, betont IAMO-Direktor Glauber. Ihre hohen Produktions- und Exportmöglichkeiten stärkten zweifellos das „Sicherheitsnetz“ des internationalen Agrarhandels und trügen damit maßgeblich zur Bekämpfung von Hungerrisiken im globalen Süden bei.

Im Ergebnis nur Mangelwirtschaft

Auch kann die gegenwärtige Krise nach Ansicht der IAMO-Wissenschaftler nicht herangezogen werden, um „wieder einmal eine groß angelegte Transformation des deutschen, europäischen oder weltweiten Agrarsystems herbeizuschwören“ - weder in die eine noch in die andere Richtung. So notwendig die „Einpreisung“ umwelt- und gesundheitsbezogener Aspekte in agrarische Produktionssysteme und deren Lieferketten sei, so ungeeignet sei hierfür die planwirtschaftliche Taxonomie im europäischen Green Deal. Im Ergebnis könne dies nur zu einer Mangelwirtschaft führen und alle Errungenschaften marktorientierter Nahrungswirtschaften der vergangenen Jahrzehnte zunichtemachen. Ebenso ungeeignet erscheinen den Autoren zufolge nun Rufe nach Ad-hoc-Transformationen des Nahrungssystems zum Zwecke der Ernährungssicherung in Richtung autarker agierender Agrar- und Ernährungswirtschaften und damit deren Abkopplung von internationalen Märkten. Auch hier sei zu befürchten, dass dies zu Mangelsituationen in vielen Ländern beitragen werde und zudem umwelt- sowie gesundheitsbezogene Aspekte ins Hintertreffen geraten würden. Gefordert sei vielmehr die - unbürokratische - Ermöglichung der Adaption und Diffusion von Innovationen und ressourceneffizienten Verfahren entlang international eingebundener agrarischer Produktions- und Lieferketten und damit die Beförderung von Wachstum und des internationalen Warenaustauschs. AgE

WELT

GETREIDE

IGC: Nachfrage nach Futtergetreide dürfte nur unterdurchschnittlich steigen

LONDON. Die Verwendung von Getreide zur Verfütterung wird im Wirtschaftsjahr 2022/23 nicht mehr so stark zunehmen wie in den Vorjahren. Der Internationale Getreiderat (IGC) sieht die betreffen-

de Menge bei insgesamt 1,039 Mrd t; das wären lediglich 0,7 % mehr als die Schätzmenge für die laufende Saison. An Weizen dürften dabei in der kommenden Vermarktungsperiode den Londoner